



HESSISCHER LANDTAG

22. 03. 2022

Plenum

Antrag

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sicherung der Lebensgrundlage Wasser

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekräftigt, dass die Ressource Wasser unabdingbar für Mensch, Tier und Natur ist. Der Klimawandel und sich verändernde Temperatur- und Niederschlagsprofile erfordern auf allen Ebenen einen angepassten und besonders sorgsam Umgang mit Oberflächen- wie Grundwasser.
2. Der Landtag stellt fest, dass die wachsende Bevölkerung im Ballungsraum Rhein-Main und der damit einhergehende Wasserbedarf eine besondere Herausforderung darstellen. Der Landtag stellt fest, dass das Land Hessen daher diesen Prozess analytisch und strategisch sowie im engen Dialog mit den wesentlichen Akteuren der Wasserversorgung angegangen ist und mit dem Integrierten Wasserressourcen-Management Rhein-Main ein Leitbild zur nachhaltigen Nutzung der Ressource Wasser auf den Weg gebracht hat. Dies sieht unter anderem den Vorrang einer ortsnahen Versorgung und die Vermeidung negativer ökologischer Folgen in den Gewinnungsgebieten wie dem Vogelsberg und dem Hessischen Ried vor. Er fordert die Landesregierung auf, dieses mit Maßnahmen für das ganze Land zu unterstützen, um die nachhaltige Nutzung und den Schutz von Wasser weiter zu forcieren. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Kommunen bei der rationellen Verwendung der Ressource Wasser weiter zu unterstützen und dabei unter anderem kommunale Wasserkonzepte zu fördern.
3. Der Landtag stellt fest, dass zur Schonung von Grundwasser und einer klimastabilen Wasserversorgung auch Alternativen zur Grundwasserentnahmen in den Hauptversorgungsgebieten wie dem Hessischen Ried und dem Vogelsberg geschaffen werden müssen, um die Wasserversorgung für die Bevölkerung und der Wirtschaft sowie und die Versorgung des Naturraums sicherzustellen. Die Machbarkeitsstudie zur Erweiterung der Rheinwasseraufbereitung im Hessischen Ried, die mit 400.000 Euro vom Land Hessen gefördert wird, soll hierzu einen Beitrag leisten. Durch die Infiltration könnte eine Erhöhung der Grundwasserentnahme kompensiert werden. Ebenso soll geprüft werden, wie die Einführung von Brauchwassernutzungs- und Zweileitungssystemen in den Kommunen schneller umgesetzt werden kann. Er fordert die Landesregierung auf, das Projekt der „Neuen Riedleitung“ weiter voranzutreiben.
4. Der Landtag stellt fest, dass die Renaturierung von Oberflächengewässern ein wichtiges Anliegen zur Verbesserung der Gewässerstruktur und damit für Umwelt, Artenschutz und ökologischen Hochwasserschutz ist. Er fordert daher die Landesregierung auf, dieser Herausforderung im Rahmen der insgesamt herausfordernden Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie auch zukünftig besondere Bedeutung beizumessen. Der Landtag stellt fest, dass das Programm „100 Wilde Bäche für Hessen“ bereits 148 Kommunen erfolgreich hilft, ihre Bäche zu renaturieren. Daher fordert er die Landesregierung auf, die gewässerunterhaltungspflichtigen Kommunen auch weiterhin bei ihrer Aufgabe zu unterstützen. Er unterstützt die Landesregierung darin, die Gewässerentwicklung auch weiterhin mit bis zu 95 Prozent zu fördern. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Programme wie „100 Wilde Bäche“ auszuweiten und den Auenschutz voranzutreiben.
5. Er bestärkt die Landesregierung darin, die vielfältigen Maßnahmen zur Sicherung der Qualität der Ressource Wasser fortzusetzen und schädliche Einträge in Grundwasserkörper zu reduzieren. Die Spurenstoffstrategie Hessisches Ried trägt dazu bei, dass schädliche Einträge ins Grundwasser vermieden bzw. diese reduziert werden. Das Dialogforum mit Kommunen und Verbänden ist erfolgreich gestartet und erste Projekte wurden begonnen. Der

Landtag begrüßt, dass die Wissenschaftsstadt Darmstadt und die Stadt Mörfelden-Walldorf als Modellkommunen besondere Verantwortung für die Verringerung von Spurenstoffen übernehmen wollen. Die Förderung der 4. Reinigungsstufe in Kläranlagen durch das Land Hessen soll schwerpunktbezogen weitergeführt und hierbei auch weitere Belastungsbereiche in Hessen betrachtet werden. Die gewässerschutzorientierte Beratung der Landwirtschaft soll weiterhin vom Land finanziell unterstützt werden. Durch die Finanzierung des Baus von neuen Grundwassermessstellen soll zudem die Nitratbelastung genauer abgebildet werden, um diese ursachen- und verursachergerecht reduzieren zu können. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, weiterhin zielgerichtete Maßnahmen zur Verbesserung des Grundwasserschutzes umzusetzen.

6. Der Landtag bekräftigt die Notwendigkeit, den erfolgreichen Weg der Minderung der Salzbelastung von Weser und Werra weiter voranzutreiben. Mit der Fortschreibung des Bewirtschaftungsplans als Ergebnis der Weser-Ministerkonferenz im November 2021 wird die Absenkung der Grenzwerte bei gleichzeitigem Erhalt der Produktion und der Wertschöpfung durch das Unternehmen fortgesetzt und so die Erreichung des guten Zustands der Weser bis 2027 festgeschrieben. Der Landtag betrachtet dies als wichtige Grundlage, um Ökologie und Ökonomie zusammenzubringen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 22. März 2022

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)